

## „Das ist absolut keine seriöse Diskussion“

GdP-Chef Konrad Freiberg regt Runden Tisch zur Jugendgewalt an – aber erst nach den Landtagswahlen

Die von der CDU forcierte Diskussion über Jugendgewalt hält der Chef der Polizeigewerkschaft, Konrad Freiberg (Foto: dpa), für oberflächlich. Notwendig sei nicht, neue Gesetze zu erlassen, sondern eine bessere Praxis gegen Intensivtäter, sagte Freiberg unserem Korrespondenten Werner Kolhoff.

*Freut es Sie, dass jetzt so intensiv über die Jugendgewalt diskutiert wird?*

**Freiberg:** Leider ist das, was derzeit läuft, absolut keine seriöse Diskussion, in der es um wirkliche Lösungen geht. Hier geht es nur um Wahlkampf.

*Aber der Anlass war ein konkreter Vorgang, der brutale Überfall auf einen Rentner in München.*

**Freiberg:** Solche schlimmen Vorgänge gab es schon immer. Wir weisen seit Jahren auf die Zunahme von Gewalt als das

größte Problem in der Kriminalitätsentwicklung hin, ohne dass viel passiert ist. Roland Koch zum Beispiel, der diese Debatte jetzt begonnen hat, hat in Hessen die Bedingungen für die Bekämpfung der Jugendgewalt verschlechtert, er hat Stellen bei der Polizei und in der Justiz abgebaut. Das macht ihn unglaublich.



**Konrad Freiberg**

*Die CDU hat in Wiesbaden immerhin konkrete Vorschläge verabschiedet.*

**Freiberg:** Die Union beschäftigt sich fast nur mit Fragen der Abschreckung, mit Gesetzesverschärfungen, nicht mit den Ursachen, etwa der Integration ausländischer Jugendlicher oder der Ausbildung. Und mindestens

ebenso wichtig ist die Praxis der Strafverfolgung. Das Entdeckungsrisiko muss erheblich erhöht werden.

*Wenn Intensivtäter entdeckt werden, aber am nächsten Tag wieder frei herumlaufen, nützt das wenig.*

**Freiberg:** Die Justiz muss in die Lage versetzt werden, unmittelbar zu handeln und schnelle Urteile zu fällen. Das lassen die bestehenden Gesetze aber heute schon zu.

*Die Union hat ergänzend einen Warnschussarrest vorgeschlagen.*

**Freiberg:** Schnelle Urteile hätten den gleichen Effekt wie ein solcher Warnschussarrest. Aber ich sperre mich nicht dagegen. Das sollte man genau prüfen.

*Berlins Justizsenator Erhart Körting hat die Berliner Richter beschuldigt, zu lasch zu handeln. Er nannte sie Allesversteher. Teilen*

*Sie diesen Eindruck?*

**Freiberg:** Wenn ich den Umgang mit Intensivtätern in vielen Großstädten anschau: Ja. Es gibt Fehlverhalten von Richtern. Man darf nicht nur an den Täter denken, muss auch daran denken, welche Wirkung ein Urteil zum Beispiel auf das Umfeld eines Täters und für die Abschreckung hat. Auch in München wurden die bestehenden Gesetze gegenüber den beiden Tätern nicht konsequent genug angewendet.

*Wie sollte man weiter vorgehen?*

**Freiberg:** Wir sollten nach den Landtagswahlen seriöser über das ganze Thema diskutieren. Es wäre sinnvoll, dann einen Runden Tisch mit allen Beteiligten einzuberufen, mit Justiz, Polizei, den Innen- und Jugendbehörden, dem Strafvollzug, um darüber in aller Ernsthaftigkeit zu reden. Wichtiger als neue Gesetze ist, dass sich die Praxis verändert.